

## **Schlechte Qualität der deutschen Politik wegen fehlender Bürgerdemokratie |**

### **Die ausufernde Ausnutzung des Allgemeinheitsprinzips zum Wohle Aller alles zu legitimieren wird allmählich unheimlich**

Die schlechte Qualität der Politiker ist auch dem Umstand geschuldet, dass wir Bürger uns in den guten Jahren in der Summe nicht um die Weiterentwicklung der Demokratie und des deutschen Parlamentes gekümmert haben.

Jetzt sind wir konfrontiert mit Personen die offensichtlich mit simpelsten Ansätzen verschiedenster Lockdown-Varianten eine äußerst komplexe Krisensituation bewältigen wollen. Wo ist denn das Krisenteam für die Pandemie nicht nur aus Politikern und Wissenschaftlern bestehend?

Immer nur überwiegend drei führende Politikerköpfe der CDU/CSU hier medial zu bevorzugen und Ihre Inhalte zu pushen ist eine äußerst unpassende Antwort auf eine Krise die nur von der Gesellschaft im Ganzen gelöst werden kann.

Die Passivität mit der die Deutschen nun die beginnende Wahlshow, ohne neue brillante Persönlichkeiten, über sich ergehen lassen gibt Anlass zur größten Sorge. Das Machtgefüge ist so stark ausser Kraft geraten, dass einer der Kanzlerkandidaten dafür wirbt das Verhältnis von Staat, Wirtschaft und Ökologie neu zu justieren, ohne näher darauf einzugehen dass der Staat die Summe seiner Bürger ist und die Demokratie reanimiert gehört. Man spricht also ganz so wie es die Könige tun ohne die Bürgerversammlung einzuberufen.

Die Neujustierung wäre ja prinzipiell der richtige Ansatz wenn mit Staat die Bürger gemeint sind, allerdings würde dies eben auch den lebhaften Diskurs aller politischen und gesellschaftlichen Kreise und Strömungen beeinhalteln.

Die Krisenbewältigung kann am Besten von unten nach oben funktionieren und nicht von oben nach unten mit der staatlich verordneten Rückgabe der Privilegien an die Bürger, die eigentlich die unveräußerlichen Grundrechte darstellen, die gesichert werden müssen und nicht im Wochentakt entzogen und vergeben werden dürfen.

Das die Politiker im Tagestakt Ihre Maßnahmen in die Medien bringen, ohne diese ausgehend von einer breiten bürgerlichen Basis zuvor inhaltlich abzusichern und demokratisch zu legitimieren, ist zum Normalzustand geworden.

Den geimpften Menschen zu versprechen wieder normal zu leben, ohne die damit verbundenen wissenschaftlichen, ethischen und sozialen Fragen der Verfassungsmäßigkeit und der Grundrechte aufzuwerfen, ist eine Machtüberschreitung sondergleichen.

Der gelegentlich einberufene Ethikrat sollte hier wesentlich kritischer sein in seinem Einfluss was die möglichen Auswirkungen der Umgehung der demokratischen Prozesse über die Notstandsregelungen angeht.

Die Leichtfertigkeit mit der die deutsche Politik hier eine getrennte Zweiklassengesellschaft forciert ist gefährlich wenn nicht über die Rechtmäßigkeit und die Folgen nachgedacht und gesprochen wird.

Dürfen wir womöglich nur noch einkaufen gehen wenn wir geimpft sind und einen Impfpass haben? Hier wird nun leider wieder sehr schnell und leichtfertig das Allgemeinheitsprinzip bemüht in dem man das Wohl aller über die Meinung der Anderen stellt.

Sowohl die Festlegungen von Maßnahmen der Politik, als auch die Ausnutzung des Allgemeinheitsprinzip, müssen jedoch zuvor einem besonders ausführlichen und transparenten Klärungs- und Normierungsprozess unterworfen werden, denn andernfalls kann man alles, ohne ausführliche Bearbeitung und Begründungen legitimieren und umsetzen.

Der Klärungs- und Normierungsprozess darf dabei auf keinen Fall von einigen wenigen Personen ausgehen, denn keine kleine Gruppe, Parteien oder einzelne Politiker dürfen hierfür das Recht besitzen und ausüben.

Mit der leichtfertigen Ausnutzung des Allgemeinheitsprinzip (Subsidiaritätsprinzip) durch wenige Akteure dann jede weitere Impfung und was weiss Gott noch für weitere Krisenmaßnahmen zu legitimieren leitet eine gefährliche Entwicklung ein, die nicht mehr so leicht zurückgenommen werden kann.

Die oberflächliche Ausnutzung des Prinzips und die simplen Vorgehensweisen einiger weniger politischer Akteure muss mit größter Sorge betrachtet werden, zumal sich die ungebremste Nutzung dieses Prinzips schon länger abzeichnet.

Das beste Beispiel dafür ist die erzwungene Nutzung der Telematikinfrastruktur und eGK für die Ärzte und Bürger, die ebenfalls juristisch damit legitimiert wurde dass die Vorteile für die Allgemeinheit die Nachteile Einzelner überwiegen.

Nur davon zu reden mit einigen Argumenten, dass die Vorteile für die Allgemeinheit überwiegen, wenn die Telematikinfrastruktur benutzt wird oder die Zwangspflicht für Corona-Tests und eventuell auch die Impfpflicht eingeführt wird, reicht jedoch bei Weitem nicht aus, denn es geht um die gewissenhafte Abwägung und Analyse der damit verbundenen Inhalte und Folgen für unsere Gesellschaft. Leider muss man daran erinnern, das Abwägungen und Analysen nicht nur mögliche gravierende negative Folgen vermeiden sondern auch die Vielfalt der Konzepte und Lösungen erzeugt, die uns so dringend fehlen.

Wer hier wegen des Drucks der Pandemie meint er könne mit einem Ausbau von Zwängen und Drohungen die Krise bewältigen, ohne gewissenhaft und gesamtgesellschaftlich zu arbeiten und nach Lösungen zu suchen, nimmt in Kauf unsere Grundrechte und den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft vollends zu zerstören.

Die Analyse und Eingrenzung einer Situation und die Generierung von Maßnahmen erfordert eine wesentlich breitere Basis an Menschen, die das intensiv bearbeiten, es darf also nicht zugelassen werden in dieser kritischen und gefährlichen Situation, das ausschließlich Wissenschaftler und Politiker sagen wo es lang geht.

7.4.2021

Rolf D. Lenkewitz